



Dr. Hans-Walter Peters, Präsident des Bankenverbandes und Sprecher der persönlich haftenden Gesellschafter der Privatbank Berenberg

Peters: Darauf wird Europa reagieren müssen

5. April 2017

Interview mit Hans-Walter Peters in der Börsen Zeitung

Der Bankenpräsident über Trumps Entfesselung und den Starrsinn der EZB, die Entmündigung des Anlegers und die gesellschaftliche Akzeptanz der Branche

Herr Dr. Peters, die Finanzkrise wird zehn Jahre alt. Was wünschen Sie ihr zum Geburtstag?

Ich wünsche uns allen, dass wir in Europa mehr Stabilität ins Bankensystem bekommen. Aktuell werden die Banken durch die relativ gute Konjunktur unterstützt. Sie ermöglicht es, mit einer Finanzwirtschaft zu leben, die noch nicht überall ihre Probleme bewältigt hat. Ein weiterer Wunsch ist, dass wir keine weiteren Belastungen durch die Regulierung erfahren. Anlässlich des zehnten Jahrestags der Krise müssen wir feststellen: In den USA ist das Thema längst abgehakt. Bei uns in Europa hat die Staatsschuldenkrise den gesamten Prozess erheblich verlängert.

05.04.2017

von

Kurzgefasst

Dr. Hans-Walter Peters, Präsident des Bankenverbandes und Sprecher der persönlich haftenden Gesellschafter der Privatbank Berenberg, im Interview mit der Börsen Zeitung zur Finanzkrise, Zinspolitik der EZB, Mifid II, Brexit und Kapitalmarktunion.

Schlagworte

Regulierung
Basel III
USA
FinTech
Europa
Wirtschaftswachstum
Kapitalmarktunion
Digitalisierung
Brexit
Geldpolitik
Konjunktur
Niedrigzinsen
Peters
MiFID
Staatsschuldenkrise
EZB

Blog

Gibt es weitere Gründe dafür, dass die USA die Krise besser und schneller bewältigt haben?

Die USA haben immer auf starke Banken gesetzt, die den Wirtschaftsmotor am Laufen halten. Diese Linie wurde auch nach Ausbruch der Krise verfolgt, und auch die neue Regierung ist sich der Bedeutung starker Banken, die die geplanten ehrgeizigen Vorhaben der Politik finanzieren können, sehr bewusst. Zudem läuft die Konjunktur in den USA deutlich besser als in Europa.

Die USA waren entschlossener mit der Zwangskapitalisierung ihrer Banken.

Definitiv. Aber auch die europäische Politik hat die Hände nicht in den Schoß gelegt. Die Harmonisierung ist relativ weit fortgeschritten, das begrüßen wir. Denken Sie nur an den einheitlichen Aufsichtsmechanismus oder den gemeinsamen Abwicklungsmechanismus. Dennoch: Die Regulierung müsste jetzt einmal durchgeschüttelt werden, um zu sehen, was ist angemessen und sinnvoll und was sind auf der anderen Seite unnötige Hemmnisse, die letztlich die Finanzierung des Wirtschaftswachstums behindern. Gleichzeitig müssen wir uns überlegen, wie wir die Banken so fit machen, dass sie unabhängig von der jeweiligen konjunkturellen Phase ihren Aufgaben gerecht werden können.

Und wie macht man sie so fit?

Wir haben in Europa zu viele Banken. Dadurch steht das Kreditgeschäft, stehen aber auch die Geschäftsmodelle generell unter hohem Wettbewerbsdruck. Ich erwarte, dass wir weitere Konsolidierungsschritte sehen werden. Das sind Hausaufgaben, die die Banken abarbeiten müssen.

Da kann die Politik nicht unterstützen?

Das wäre vermutlich nicht im Interesse größerer europäischer Gemeinsamkeit, weil die Politik diesen Prozess im einen Land so und im nächsten Land anders unterstützen würde. Die Weiterentwicklung der Geschäftsmodelle ist ja

Blog

auch durchaus schon im Gange, aber die Anpassung an die neue Regulatorik und an die höheren Eigenkapitalanforderungen braucht eben Zeit, zumal wenn die EZB uns das Leben nicht gerade leichter macht.

Weil Negativzinsen die Geschäftsmodelle von Banken und Sparkassen in Frage stellen?

Die Einlagen der Kreditinstitute bei der EZB haben sich 2016 auf mehr als 1,3 Billionen Euro fast verdoppelt. Das heißt, die Banken haben im vorigen Jahr vermutlich etwa 4 Mrd. Euro Negativzinsen an die EZB gezahlt. Das sind 4 Mrd. Euro, die in den Bilanzen der Banken fehlen und ihre Ertragskraft geschwächt haben.

Sie sind Volkswirt. Wie finden Sie die Zinspolitik und die Anleihekäufe der EZB?

Es gibt angesichts von Inflationsraten um 2% im Euroraum und in manchen Ländern noch darüber hinaus keine glaubwürdige Begründung für Anleihekäufe und sicher auch kein Argument mehr für einen negativen Einlagensatz. Es bereitet mir große Sorgen, dass die Geldpolitik weiter auf dem Gaspedal steht. Wenn Sie mit Ihrem Auto gegen einen Baum fahren und dann immer noch ständig Gas geben, müssen Sie doch irgendwann merken, dass Sie da nicht durchkommen.

Der EZB ist die Kernrate der Inflation noch nicht hoch genug.

Die EZB sollte sich entscheiden, welchen Maßstab sie für ihre Politik heranziehen möchte. Die Kernrate der Inflation war auch nicht wesentlich niedriger, als es darum ging, das Kaufprogramm für Staatsanleihen und andere Wertpapiere einzusetzen. Damals hat die EZB aber auf den harmonisierten Verbraucherpreisindex gesetzt, was sie jetzt nicht tut. Aus volkswirtschaftlicher Sicht wäre es dramatisch, wenn der richtige Zeitpunkt für den Ausstieg aus der ultra-lockeren Zinspolitik verpasst würde. Geldpolitik braucht eine ruhige Hand. Dazu gehört aber auch, rechtzeitig zu

Blog

handeln und nicht erst dann, wenn ein hartes Gegensteuern notwendig wird.

Ein anderes Thema: Basel III oder Basel IV, wie auch immer Sie es nennen. Rechnen Sie noch mit einer Einigung?

Eine Einigung kann ich mir nur mit den USA vorstellen. Die USA sind aber in Basel aktuell nicht handlungsfähig. Deshalb erwarte ich kurzfristig keine Entscheidungen. Vielleicht in der zweiten Jahreshälfte, vielleicht auch erst 2018.

Warum sind die USA nicht handlungsfähig?

Nach der Amtsübernahme von Präsident Trump sortiert man sich dort zunächst einmal neu. Ein zentraler Streitpunkt in Basel ist, wie Sie wissen, der „Output Floor“. Damit soll definiert werden, zu welchem Prozentsatz Eigenkapitalanforderungen unabhängig vom gewählten Ansatz identisch sein müssen. Die Amerikaner wollen einen möglichst hohen Prozentsatz, die Europäer halten ihn für überflüssig. Folglich gibt es noch eine Menge Diskussions- und Entscheidungsbedarf.

Kümmert sich US-Präsident Donald Trump um solche Details?

Das kann ich nicht beurteilen. Aber das Problem besteht ja schon darin, dass die bisherigen Verhandlungspartner nicht mehr im Amt sind. Und es würde mich sehr überraschen, wenn diejenigen, die das Amt neu bekleiden, schnell so schwerwiegende Entscheidungen treffen könnten.

Was ist für Sie ein richtiger Aufreger in Sachen Regulierung?

Lassen Sie mich zunächst etwas Positives festhalten: Die EU-Kommission hat darauf hingearbeitet, dass kleine Banken ein wenig entlastet werden – nicht beim Eigenkapital, aber bei den Melde- und Offenlegungspflichten.

Das soll aber nur für Banken bis 1,5 Mrd. Euro Bilanzsumme gelten.

Blog

Richtig, und mit diesem Ansatz würde man eindeutig nur einen unzureichenden Minischritt machen. Ich halte eher eine Schwelle von 10 Mrd. Euro oder noch besser 30 Mrd. Euro für sinnvoll, um für die Banken Freiräume zu schaffen, in denen sie ohne allzu große bürokratische Hürden zum Nutzen ihrer Kunden und der Volkswirtschaft agieren können.

Und jetzt der Aufreger?

Ein Aufreger ist aus Sicht der Banken zweifellos die EU-Finanzmarktrichtlinie Mifid II, die Anfang 2018 in Kraft treten soll. Sie ist kostenintensiv und wird das Vertrauensverhältnis zwischen Bank und Kunde grundlegend verändern. Deutschland hat ja mit dem Beratungsprotokoll schon vorzeitig damit angefangen, Mifid II umzusetzen. Hier müssen wir aufpassen, dass wir durch zusätzliche nationale Regelungen – ich denke etwa an das Berater- und Kundenbeschwerderegister – keinen Wettbewerbsnachteil erleiden.

Was ist Ihr Hauptkritikpunkt bei Mifid II?

Mifid II läuft auf die Entmündigung des Anlegers hinaus. Stellen Sie sich vor, ein Kunde hat ein vertrauliches finanzielles Anliegen, über das er mit seiner Bank am Telefon sprechen möchte. Nach Mifid II ist die Bank verpflichtet, das Gespräch aufzuzeichnen. Würde der Kunde darum bitten, das Aufnahmegerät auszuschalten, so dürfte die Bank das nach dem Gesetz nicht. Das ist ein unglaublicher Eingriff in das Vertrauensverhältnis zwischen Kunde und Berater. Ein weiteres Beispiel: Ist Ihr Vermögen erst einmal vernünftig angelegt und Sie gehen auf Weltreise und wollen höchstens einmal im Jahr über Ihren Status informiert werden, geht auch das nicht. Die Bank ist gezwungen, Sie viermal im Jahr zu unterrichten. Wenn erwachsene Menschen nicht selbst entscheiden dürfen, ob sie so etwas wollen oder nicht, habe ich damit ein Problem. Ganz zu schweigen von dem technischen Aufwand, den wir als Banken betreiben müssen, um die ganzen Transparenz- und sonstigen Regeln umzusetzen.

Dann steigen Banken aus diesem Geschäft aus?

Blog

Diese Konsequenz ist längst sichtbar. Und jetzt frage ich Sie: Ist das Verbraucherschutz, wenn Banken vor der Regulierung kapitulieren und sich aus der Beratung zurückziehen? Da muss dringend nachgebessert werden.

Nun will Trump obendrein die US-Banken „entfesseln“. Das wird ja das Regulierungsungleichgewicht im transatlantischen Wettbewerb noch mal verstärken, oder?

Die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einem Ungleichgewicht kommen kann, ist nicht von der Hand zu weisen. Man muss abwarten, inwieweit Ankündigungen auch umgesetzt werden. Aber viele Berater Trumps kommen ja aus der Finanzwirtschaft. Insofern gehe ich davon aus, dass sich die Lage für die amerikanischen Banken an der einen oder anderen Stelle deutlich entspannen wird. Darauf wird Europa reagieren müssen. Der Wettbewerb mit den US-Banken ist schon heute extrem hart.

Finden sie die Idee der Entfesselung denn grundsätzlich gut?

Wir brauchen eine gemeinsame internationale Regulierung. Die deutschen Banken werden sich deshalb eingedenk der Finanzkrise gewiss nicht dafür einsetzen, dass wir uns davon wieder verabschieden. Politik und Behörden haben gute Ideen entwickelt und umgesetzt, um aus den Erfahrungen der Krise notwendige Lehren zu ziehen. Wir plädieren aber dafür, die Regulierung effizient zu gestalten, damit die Banken nicht daran gehindert werden, ihre eigentliche Aufgabe zu erfüllen: der Kreditnachfrage der Wirtschaft nachzukommen. Wenn das auch die pragmatische amerikanische Sichtweise ist, kann ich die grundsätzliche Idee durchaus gutheißen.

Was sind Ihre Erwartungen oder Sorgen, was den Zusammenhalt Europas angeht? Im vorigen Juni haben Sie das Brexit-Votum der Briten richtig vorausgesagt. Wie geht es 2017 weiter?

Ich bin stolz darauf, in einem Land zu leben, in dem 75% der Menschen die europäische Integration unterstützen.

Blog

Das ist das für mich beeindruckende Ergebnis einer aktuellen Umfrage des Bankenverbandes. Nur 10% sprechen sich für einen Austritt aus der EU aus. Das heißt, die Politik in Deutschland hat offenbar sehr viel richtig gemacht. In manchen anderen Ländern, auch solchen, deren Bevölkerung und deren Wirtschaft in hohem Maße von Europa profitiert haben, gibt es insoweit reichlich Nachholbedarf. Das stimmt mich traurig.

Sie sprechen vermutlich unter anderem von den Niederlanden. Wird es denn nach Ihrer Einschätzung in diesem Jahr Brexit-Nachahmer geben?

Die Briten sind ein Inselvolk, dessen Mehrheit es Europa von der Wahlkabine aus mal zeigen wollte. Das hat mich nicht überrascht. Ich hoffe aber sehr, dass der Brexit ein Einzelfall bleibt. Wer sich auf dem Kontinent gegen Europa stellt, der wird sich isolieren. Dessen sollten sich alle, die in diesem Jahr wählen, bewusst sein. Bei aller ja oft berechtigten Kritik an Europa: Wir alle profitieren von Europa, ob über die Reisefreiheit, über Wirtschaftswachstum oder über die Unterstützung, die ökonomisch schwächere Staaten von den stärkeren erfahren. Europa ist sicherlich Geben und Nehmen, aber klar ist: Gemeinsam, und zwar nur gemeinsam, sind wir stark, das müssen wir viel stärker propagieren.

Da werden Ihnen die meisten zustimmen. Andererseits besteht der begründete Eindruck, dass in diesem Europa die Spielregeln nicht eingehalten werden, und immer zahlt Deutschland.

Das europäische Haus ist noch nicht fertig gebaut. Das kann man mit Fug und Recht kritisieren. Aber was ist die Alternative? Die sehe ich nicht. Ein weiteres Auseinanderfallen Europas wäre wirtschaftlich und politisch fatal, gerade für Länder, deren Volkswirtschaft schon angeschlagen ist.

Wie sieht Ihr wahrscheinlichstes Szenario für 2017 aus?

Blog

Die Emotionen der Menschen sind unheimlich schwer zu prognostizieren. Sind sie wirklich so schlecht auf Europa zu sprechen, dass sie die drohenden gravierenden Konsequenzen in Kauf nehmen? In Großbritannien war der Schock riesig, als den Bürgern bewusst wurde, was sie mit ihrem Kreuzchen angerichtet haben. Ich gehe davon aus, dass wir Europa zusammenhalten.

Wie realistisch ist angesichts der Befindlichkeiten, die momentan eher nicht für „mehr Europa“ sprechen, eine engere Kapitalmarktunion (Bankenunion?)?

Da fangen wir ja nicht bei null an. Aber auch vor dem Hintergrund der bisherigen Fortschritte bei der Bankenunion meine ich, wir sollten jetzt erst einmal auf dem erreichten Level konsolidieren und abwarten, wie sich Europa in den nächsten Monaten entwickelt, um dann gegebenenfalls neue Entscheidungen zu treffen. Soweit Ihre Frage auch auf das Thema gemeinsame Einlagensicherung zielt: Dafür ist es viel zu früh. Die Risiken im europäischen Bankensektor sind noch zu hoch, um an eine Vergemeinschaftung zu denken. Wir sind dem Bundesfinanzminister sehr dankbar dafür, dass er diese Position konsequent vertritt.

Brauchen wir überhaupt eine engere Kapitalmarktunion?

Ich glaube nicht, dass der Kapitalmarkt in Europa auf absehbare Zeit in nennenswertem Umfang die Kreditfinanzierung ablösen wird. Davon ist der deutsche Mittelstand weit entfernt. Insofern gilt es, die Belange der kredit-suchenden Unternehmen wie auch jene der kreditgebenden Banken zu berücksichtigen. Akuten Handlungsbedarf sehe ich mit Blick auf die Kapitalmarktunion nicht.

Besteht die Gefahr, dass Deutschland ein Kapitalmarktmodell übergestülpt wird?

Märkte und Strukturen in den einzelnen Ländern sind historisch so gewachsen, wie sie sich heute darstellen. Unsere Volkswirtschaft, aber auch die Bankenstruktur mit ihren drei Säulen unterscheidet sich nun mal von den Verhältnissen in

Blog

manchen anderen Ländern. Das kann man nicht alles komplett umkrempeln.

Wie steht es aus Ihrer Sicht um die gesellschaftliche Akzeptanz der Banken, was muss diesbezüglich noch geschehen?

Die Banken standen neun Jahre lang in der öffentlichen Kritik, in mancher Hinsicht sicher zu Recht. Trotzdem sagen in einer aktuellen repräsentativen Umfrage 88% der Kunden, sie seien mit ihrer Bank zufrieden. In puncto Anlageberatung ist die Quote sogar noch etwas höher. Das finde ich extrem beeindruckend. Wir können unseren Kunden wirklich dankbar sein, dass sie uns nach wie vor mit einem derart großen Vertrauen begegnen. Ich werde auch persönlich weiter dafür kämpfen, dass das so bleibt.

Wenn es um die Branche geht, sehen die Zahlen anders aus.

Insoweit äußert sich nur knapp jeder zweite Befragte zufrieden. Da zeigt die Finanzmarktkrise auch neun Jahre später noch Wirkung. Umso mehr müssen wir daran arbeiten, die Bedeutung der Branche für die Volkswirtschaft zu verdeutlichen. Und: Wir stehen unseren Kunden mit Rat und Tat zur Seite und sind, in welchem Geschäftsmodell auch immer, letztlich nur Dienstleister. Danach sollten wir beurteilt werden. Ich bin zuversichtlich, dass wir dann auch als Branche bald wieder bessere Bewertungen erfahren werden.

Beim Gipfel der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) im Juli in Hamburg werden Sie kurzzeitig einen Nachbarn namens Donald Trump haben. Angenommen, Sie treffen ihn hier auf der Straße: Was sagen Sie ihm?

Diese Gelegenheit wird sich schon aus Sicherheitsgründen nicht ergeben.

Sie könnten ihm aus der Distanz etwas zurufen.

Dann würde ich ihm zurufen, dass uns nur Gemeinsamkeit stark und erfolgreich macht, dass uns dagegen Protektio-

Blog

nismus oder Isolationismus eher schaden würden. Das wäre meine zentrale Botschaft.

Lassen Sie uns über Digitalisierung sprechen: Gehören die Banken auf die rote Liste der bedrohten Arten?

Machen Sie sich keine Sorgen: Die Digitalisierung stellt weder die Existenz noch die Existenzberechtigung der Banken in Frage. Wir müssen nur, das gilt aber in jeder Hinsicht, immer wieder unsere Geschäftsmodelle überprüfen und auf den neuesten Stand bringen. Was die Digitalisierung betrifft, hat der Bankenverband richtigerweise früh auf die Kooperation mit Fintechs gesetzt. Unabhängig davon habe ich nicht den Eindruck, dass Fintechs wirklich Bankgeschäfte übernehmen und sich der Regulierung unterwerfen wollen.

Es ist viel heiße Luft in dem Thema?

Der Fintech-Hype flaut ab. Ich verhehle aber nicht, dass es beeindruckende Innovationen gibt, beispielsweise im Zahlungsverkehr. Nur: Welche Bank baut ihr Geschäftsmodell schwerpunktmäßig auf dem Zahlungsverkehr auf, und welche Bank hat damit in der Vergangenheit ordentlich Geld verdient?

Ich habe mal gelernt, das Girokonto sei der Schlüssel zum Kunden.

Sicher, insofern sind intelligente Lösungen in der Tat wichtig. Deshalb können Fintechs gerade auf diesem Gebiet bedeutende Partner von Banken sein. Aber ich verrate Ihnen kein Bankgeheimnis, wenn ich Ihnen sage, dass Einnahmen aus dem Zahlungsverkehr nicht die entscheidende Basis der Erträge der deutschen Banken und Sparkassen darstellen.

Welche Unterschiede gibt es bei der Digitalisierung in der Betroffenheit Ihrer Mitglieder?

Unsere Mitgliedschaft ist von der Regional- oder Privatbank über Spezialinstitute bis zu Großbanken sehr heterogen. Da reicht die Spanne immer, nicht nur beim Thema Digitali-

Blog

sierung, von sehr Betroffenen bis zu weniger Betroffenen. Denken Sie an die Direktbanken: Die hatten schon tolle Fintech-Lösungen, als hier noch niemand das Wort „Fintech“ kannte.

Der Bankenverband hat im Februar eine Reform der freiwilligen Einlagensicherung angekündigt. Der Schutz für staatliche Stellen und andere institutionelle Kunden soll künftig entfallen. Wie sind die Pläne von den Interessengruppen aufgenommen worden?

Wir sind mit der Resonanz sehr zufrieden. Im Mittelpunkt der Einlagensicherung stand immer der Privatkunde. Das stellen wir mit dieser Reform wieder klar, nachdem über die vergangenen Jahrzehnte der ursprüngliche Schutzgedanke hier und da verwässert, in Einzelfällen auch missbraucht wurde. Diese Botschaft haben alle verstanden. Besonders glücklich sind wir, dass die Bundesbank Verständnis für unsere Entscheidung gezeigt hat. In unserer Mitgliedschaft ist die Reform sachgerecht und völlig unaufgeregt diskutiert worden.

Was erwarten Sie vom 21. Deutschen Bankentag?

Der Bankentag ist unser „Familientreffen“ unter Beteiligung der Politik und nicht zuletzt der Aufsicht und anderer Partner. Wir haben kompetente Gäste, die sich in den Themen auskennen, die uns umtreiben. Von daher erwarte ich sehr intensive, aber auch sehr konstruktive Diskussionen nicht zuletzt über die Regulatorik und insbesondere auch darüber, ob es jetzt einen neuen globalen Wettbewerb „Deregulierung gegen Überregulierung“ geben wird.

Das Interview führte Bernd Wittkowski.